

Uster, 31. Mai 2016

i

## Bericht zur Gemeinderatssitzung vom 30. Mai 2016

*Uster erhält eine neue Bürgerrechtsverordnung, die an die übergeordnete Gesetzgebung angepasst wurde. Zudem soll mit dem Gesamtkonzept an der Schiffflände die Überbauung der Surferwiese verhindert werden. Und wir sind einen Schritt weiter auf dem Weg zu autofreien oder autoarmen Siedlungen in Uster.*

In Uster regiert offenbar die Idee, dass sämtliche politischen Auseinandersetzungen in den Kommissionen abschliessend behandelt werden müssen. Unser Antrag zuhanden der Gemeinderatssitzung auf Beibehaltung des Gebietes Hinterwiesen (zwischen Dorfbadi und Aabach) in der Zone für öffentliche Bauten und Anlagen sollte deshalb nicht öffentlich diskutiert werden. Deshalb wurde vom Ratspräsidenten beantragt, das Geschäft Gestaltungsplan „Park am Aabach“ von der Traktandenliste abzusetzen. So haben die Fraktionen die Möglichkeit, sich nochmals gemeinsam damit auseinanderzusetzen. Eine Rückweisung an die Kommission sieht unsere Geschäftsordnung allerdings nicht vor, so dass die KPB keine Möglichkeit hat, darüber nochmals abzustimmen.

Die Sitzung startete dann reich beladen mit gleich 4 Fraktionserklärungen und 3 persönlichen Erklärungen, so dass erst nach 25 Minuten das erste Geschäft behandelt werden konnte. Einstimmig wurde die Bauabrechnung der Fussballgarderoben auf der Heusser-Staub-Anlage genehmigt.

### **Neue Parkplatzverordnung muss autoarme Siedlungen ermöglichen**

Mit unserer Vorstellung einer neuen Parkplatzverordnung sind die Voraussetzungen zu schaffen, dass in Uster die Erstellung von autoarmen oder gar autofreien Siedlungen ermöglicht und Velofahren und zu Fuss gehen noch attraktiver wird. Für einmal muss man dem Stadtrat zugestehen, dass er in seinem Bericht eine sehr gründliche Auslegeordnung zu den rechtlichen Vorgaben für eine Parkplatzverordnung und der Stossrichtung der Revision vorgenommen hat. Er hat in seiner Antwort sogar selbst erkannt, dass eine Revision tatsächlich notwendig ist. Nur will er die Revision der Verordnung trotzdem weiter hinauszögern. Die Mehrheit des Parlaments ist der Ansicht, dass die Revision rascher angegangen werden soll und hat deshalb die Motion von Ursula Räuftlin, Markus Wanner und Patricio Frei mit 20:15 Stimmen als erheblich erklärt.

### **Signal an den Kanton zur Freihaltung der Surferwiese**

Auf Richtplanstufe werden im Plan der öffentlichen Bauten und Anlagen die möglichen Nutzungen im Bereich Schiffflände Strandbad definiert. Der Plan ist zwar nicht gerade der grosse Wurf, aber ist der grösste gemeinsame Nenner. Am Seeufer prallen viele Wünsche diverser Nutzer aufeinander. An runden Tischen wurden diese Wunschvorstellungen gebündelt und das vorliegende Ergebnis ist ein gutschweizerischer Kompromiss. Wesentlich an diesem Plan ist, dass ganz deutlich festgehalten wird, dass das Restaurant am Standort des heutigen Kiosks zu erstellen ist. Mit der Festsetzung des neuen Richtplanes sendet die Stadt Uster ein politisches Zeichen an den Kanton, dass wir unser Seerestaurant auf keinen Fall auf der Surferwiese haben wollen! Mit der Unterstützung unserer Fraktion wurde diese Richtplanänderung mit 23:12 Stimmen festgesetzt.

### **Städtische Verpflegungsbetriebe sollen palmöl-frei werden**

Mit einem Postulat forderte Meret Schneider, dass auf Palmöl in Lebensmitteln der städtischen Verpflegungseinrichtungen zu verzichten sei. Der Konsum von Palmöl nimmt zu und damit die Abholzung von Regenwäldern. Da aber Palmöl auch in vielen Kosmetika und chemischen Mitteln enthalten ist, würden wir sogar noch weitergehen und nicht nur palmölfreie Menüs herstellen, sondern in den städtischen Betrieben versuchen komplett auf palmölfreie Reinigungsmittel und Seifen umzustellen. Das Postulat wurde mit unserer Unterstützung mit 23:12 Stimmen überweisen.

### **Revision der Bürgerrechtsverordnung der Stadt Uster genehmigt**

Die Verordnung über das Bürgerrecht der Stadt Uster sollte an die neuen rechtlichen Grundlagen auf übergeordneter Ebene angepasst werden. Der Antrag des Stadtrates hat das aufgenommen und die Forderungen der Ustermer Parlamentarier aus der Revision aus dem Jahre 2011 bestehen lassen. Somit hat er uns eine mehrheitsfähige Vorlage unterbreitet, die nur mit einer kleinen formalen Änderung aus der Kommission ergänzt wurde. Die Anträge der Grünen und der SP auf Lockerung der Wohnsitzpflicht und Verzicht auf den Test über die staatsbürgerlichen Kenntnisse fanden im Rat keine Mehrheiten. Mit 29:2 Stimmen wurde die Verordnung genehmigt.

Ursula Räuftlin  
Gemeinderätin Grünliberale